FINANZBRANCHE

Deutsche Bank füllt ihre Kriegskasse

Die Deutsche Bank rüstet sich für Übernahmen und Zukäufe. Deshalb will sich das Institut in seiner Hauptversammlung Ende Mai umfangreiche Kapitalerhöhungen genehmigen lassen. Gehen die Beschlüsse durch, könnte das Institut nach derzeitigem Aktienstand insgesamt knapp 17 Milliarden Euro einsammeln. Das geht aus der Tagesordnung hervor, die in dieser Woche verschickt wird. Gut 4 Milliarden Euro entfallen auf die Ausgabe von knapp 55 Millionen neuer Aktien. Für etwa den gleichen Betrag hat die Bank bereits vor zwei Jahren das Okay der Aktionäre erhalten. Obendrein aber will sich Vorstandschef Josef Ackermann genehmigen lassen, das Eigenkapital über die Ausgabe von Schuldverschreibungen und Genussrechten um weitere neun Milliarden Euro zu erhöhen. Der Bankchef schafft damit die Voraussetzungen für massive Zukäufe, mit denen er von der anhaltenden Finanzkrise profitieren könnte. Bankaktien haben in den vergangenen Monaten massiv an Wert verloren. Ackermann will vor allem das Privatkundengeschäft stärken, um die Erträge des Geldhauses zu stabilisieren. Insider berichten, dass der 2010 ausscheidende Manager sowohl an der Postbank wie auch an der Commerzbank und der Dresdner Interesse zeigt. Zudem prüft er einen Kauf des Europa-Geschäfts der angeschlagenen Citigroup. Vergangene Woche hat sich der führende Investmentbanker des Institutes, Anshu Jain, mit Finanzminister Peer Steinbrück getroffen. Dabei dürfte es auch um mögliche Akquisitionen gegangen sein.

BERT BOSTELMANN / BILDFOLIO

Ackermann

HARTZ IV

Länder gegen Scholz

Im Streit um die künftige Organisation der Hartz-IV-Behörden gehen die Bundesländer auf Konfrontationskurs zu Bundesarbeitsminister Olaf Scholz. In einem gemeinsamen Vorschlag, den die Arbeitsminister Uwe Döring (Schleswig-Holstein) und Karl-Josef Laumann (Nordrhein-Westfalen) erarbeitet haben, lehnen die Länder nahezu alle Reformvorschläge ihres Berliner Kollegen ab. So fordern die Länder, die heutige Mischverwaltung von Arbeitsagenturen und Sozialämtern auch künftig aufrechtzuerhalten. Dazu soll das Grundgesetz geändert und die Zusammenarbeit der Behörden in der Arbeitsmarktpolitik oder Personalverwaltung neu geordnet werden. Scholz hatte dagegen die Einführung eines sogenannten kooperativen Jobcenters vorgeschlagen. Danach sollten Kommunen und Arbeitsagenturen ihre Aufgaben getrennt ausführen und lediglich vertraglich kooperieren. Ferner wollen die Länder durchsetzen, dass künftig alle Kommunen die Betreuung der Hartz-IV-Kunden auch in Eigenregie übernehmen dürfen, wenn sie es wollen. Scholz möchte diese Möglichkeit dagegen nur jenen Städten und Gemeinden einräumen, die davon auch heute schon Gebrauch machen. Schließlich bestehen die Länder darauf, die notwendigen Änderungen per Gesetz zu regeln. Scholz wollte dagegen lediglich Verwaltungsvorschriften erlassen. Die Hartz-IV-Verwaltung muss neu organisiert werden, weil das Bundesverfassungsgericht Ende vergangenen Jahres die heutige Mischverwaltung von Arbeitsagenturen und kommunalen Sozialämtern in sogenannten Arbeitsgemeinschaften für grundgesetzwidrig erklärt hatte.

THOMAS IMO

Arbeitsagentur

LANDWIRTSCHAFT

Gen-Soja auf dem Vormarsch

Weltweit ist gentechnisch verändertes Soja immer stärker auf dem Vormarsch. In den drei wichtigsten Anbauländern der Erde wird mittlerweile bereits überwiegend das Labor-Saatgut angebaut: In Brasilien macht es gemäß eines Marktberichts des Hamburger Agrarhandelshauses Toepfer International 55 bis 60 Prozent aus, in den USA 91 Prozent, in Argentinien sogar 98 Prozent. Große Partien des wichtigen Futtermittels zu beschaffen, die nicht gentechnisch verändert sind, werde für Agrarhändler immer schwerer – und entsprechend teurer: Für April-Ware müssen sie laut der Zentralen Markt- und Preisberichtstelle in Bonn statt 366 Euro pro Tonne 451 Euro zahlen. Noch vor einigen Jahren gab es kaum einen Preisunterschied.

GUSTAVO ERCOLE / AP

Soja-Transport (in Argentinien)